

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neue Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Fernruf Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584

Nr. 35.

Dienstag, den 23. März 1920.

28. Jahrgang

Haute Commission Interalliée des Territoires Rhenans
District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden-Campagne,
Nr. 494/2.

Bekanntmachung.

betreffend: Zeitungen, Zeitschriften und Drucksachen.

1. Die während dem Waffenstillstande erlassenen Verbote von Zeitungen, Zeitschriften und Drucksachen sind aufgehoben.
2. Der Bezug und die Versandart der Zeitungen, die nicht speziell durch die Hohe Interalliierte Kommission der Rheinländer verboten sind, werden gar keiner Einschränkung, von welcher Art es auch sein mag, unterworfen sein.

Le Commandant de Juvigny Délégué de la H. C.
J. T. R. dans le Cercle de Wiesbaden-Campagne.
Signé: de Juvigny.

Die Friedensbedingungen im Generalstreik

Haben eine Konferenz aus Vertretern der am Generalstreik beteiligten Verbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten einerseits und den Führern der Mehrheitsparteien des Parlamentes (Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum) andererseits in ausgedehnten Beratungen vom Freitag bis Samstag früh um 8 Uhr beschäftigt und dabei sind die Bedingungen der Gewerkschaften, mit einigen unwesentlichen Änderungen in der Form, ziemlich unverändert angenommen worden. Die Verbände haben der Bevölkerung Berlins diese Vereinbarungen in folgendem Flugblatt bekannt:

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Die Vertreterkonferenz der am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten erklärt, daß sie von den durch ihren Verhandlungsausschuß mit den Fraktionsvertretern und Regierungsparteien erzielten Vereinbarungen zwar nicht reiflos befriedigt ist, ihnen aber gleichwohl zustimmt und hiermit den Generalstreik mit dem heutigen Tage als beendet erklärt.

Berlin, den 20. März 1920, morgens 7.05 Uhr.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
C. Legien.
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
S. Ruchäuser.
Deutscher Beamtenbund.
Rugler, Scherff.

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Beendigung des Generalstreiks.

Die im preussischen Staatsministerium am Nachmittag des 19. März aufgenommenen und bis zum heutigen Tage morgens um 5 Uhr fortgesetzten Verhandlungen zwischen den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und des Deutschen Beamtenbundes, sowie der Berliner Gewerkschaftskommission einerseits und Vertretern der Reichs- und der Staatsministerien, sowie der drei Regierungsparteien andererseits, haben zu nachstehenden Vereinbarungen geführt:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen i. Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuordnung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volkvertretung.
2. Sofortige Entlassung und Bestrafung aller am Putz oder am Sturz der Verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen, sowie der Beamten, die

ungetreuen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen und ihren Erfag durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemäßigten Organisationsvertretern.
4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schnellste Einführung eines einheitlichen Beamtenrechts.
6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Kalks abwärts durch das Reich.
7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.
8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fähbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Rostke und Heine ihr Abschiedsgesuch bereits eingereicht haben.

Ferner erklärten sich die Vertreter der Regierungsparteien bereit, in ihren Fraktionen auf unverzügliche Aufhebung der Schutzhaft der in ihr Befindlichen zu dringen.

Mit wichtigen Schlägen hat das arbeitende Volk Deutschlands, insbesondere das Berlin, den monarchistischen Putz niedergeschlagen und die republikanische Freiheit gerettet. Darüber hinaus sicherte sich die organisierte Arbeiterkraft weitgehenden Einfluß auf die Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und sich Garantien für die Verhütung gegenrevolutionärer Erfolge.

Glänzend hat sich in diesem Kampfe die Organisation des arbeitenden Volkes bewährt. Sie muß und wird auch in Zukunft unser stärkstes Bollwerk sein.

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
C. Legien.

Meinungsverschiedenheiten.

In dem Verhältnis der Entente zu Deutschland treten jetzt, nachdem der Berliner Staatsstreik gescheitert ist, wieder die beiden Fragen in den Vordergrund, die kurz vor dem Ausbruch der Gegenrevolution den Marschall Foch zu einer Konferenz mit den übrigen Befehlshabern nach Mainz geführt hatten. Es handelt sich um die am 10. März fällig gewordene Auslieferung des schweren Artilleriematerials sowie um die Maßnahmen zum Schutze der auf Grund des Friedensvertrages in Deutschland tätigen Missionen der Entente. Die militärischen Vertreter der Entente haben gegen Ende der vorigen Woche in Versailles die Beratungen über das vom Marschall Foch vorgeschlagene Programm wieder aufgenommen, und die französische Regierungspresse hält es für nötig, dieses Programm mit Nachdruck zu unterstützen. Sie bekämpft da-

bei sehr deutlich die Bereitwilligkeit der englischen und italienischen Regierung zu einer den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden billigen Berücksichtigung der Schwierigkeiten, in denen sich die Regierung des Deutschen Reiches befindet. Sie besteht vor allen Dingen auf der Auslieferung des Artilleriematerials und der Auflösung der technischen Truppen und macht geltend, daß die Erfüllung dieser Bedingungen die beste Gewähr dafür biete, daß kein neuer Staatsstreich mehr versucht werde.

Herr Millerand, der es am Donnerstag vor der Deputiertenkammer noch für bedenklich hielt, die Stellung Frankreichs öffentlich zu erörtern, hat sich schon am nächsten Tage durch Vermittlung eines englischen Journalisten an das englische Publikum gewandt, um ihm begreiflich zu machen, daß Frankreich die besten Absichten habe, an der wirtschaftlichen Wiedergeburt Deutschlands mitzuarbeiten, daß es sich aber jedem Veruche einer Revision des Friedensvertrages widersetzen müsse, weil diese Revision die Franzosen um diejenigen Garantien bräuen würde, die ihm der Friedensvertrag gewährte. Der „Temps“, der in seinem Leitartikel diese Äußerung Millerands untersticht, bemüht sich noch eindringlicher, den Verdacht zu bekämpfen, als ob die Franzosen Deutschland auf Schritt und Tritt schikanieren möchten. Die Wiedergutmachungskommission von der die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages im wesentlichen abhängen und in der Frankreich nur eine Stimme besitzt, habe eine unbedingte Freiheit, auf die Lage in Deutschland Rücksicht zu nehmen und mit der Reichsregierung zu verhandeln. Das Blatt erhebt sodann gegen die Regierungen der Entente den Vorwurf, daß sie den Vorstellungen Rostkes zu Gunsten der Hinausschiebung der Abfertigung nachgegeben hätten. Rostke sei in Wirklichkeit das Werkzeug der Militärpartei gewesen und die ihm gemachten Zugeständnisse hätten den Ausbruch des Staatsstreiks begünstigt. Rostke habe auch die Entente über die Stärke der in der Umgebung von Berlin versammelten Truppen getäuscht. Das „Echo de Paris“ beklagt sich noch deutlicher über den Mangel an Einigkeit unter den Alliierten. Es macht ihnen zum Vorwurf, daß sie nur an die wirtschaftliche Hebung Deutschlands dächten, ohne sich um die weiteren Folgen dieser Hebung zu kümmern, während Frankreich darauf bestanden müsse, daß diese wirtschaftliche Hebung Deutschlands nicht in den Stand setze, seinen Revanchegedanken zu verwirklichen.

Diese ganze Polemik ist ein Anzeichen dafür, daß man in Paris im Gegensatz zu der englischen und italienischen Regierung noch nicht bereit ist, im Verkehr mit der Regierung des Deutschen Reiches sich auf den Boden eines sachlichen Meinungsaustausches zu stellen.

Entspannung.

Berlin, 21. März.

Die Lage in Berlin und im Reich weist, was den Generalstreik betrifft, eine zweifelhafte Entspannung auf. Die Vertreter der Mehrheitsparteien haben sich dafür eingesetzt, daß der verschärfte Belagerungszustand über Berlin wieder aufgehoben wird. Die Berliner Regierungsparteien sind der Ansicht, daß diesem Begehren entsprechen werden kann. Die Versorgung der Stadt Berlin für tiefe Woche gilt als gesichert, nur Kartoffeln wird es nicht geben, da die Transportschwierigkeiten eine Lieferung nicht möglich machen. Als Ersatz werden reichlich Nahrungsmittel ausgegeben werden, vielleicht auch eine größere Rationierung. Zu einem schweren Zusammenstoß ist es in Potsdam gekommen. 20 Tote blieben auf dem Platze. Aus dem Reich wird gemeldet, daß in zahlreichen Städten Ruhe eingetreten ist. Der Oberpräsident von Ostpreußen, Minnig, ist seiner Amtsgeschäfte enthoben worden. Die Mehrheitssozialdemokraten fordern, daß sämtliche Landräte in Ostpreußen, die der Kappregierung Gefolgschaft leisteten, abgesetzt werden. In Stettin herrscht äußerliche Ruhe. Die Lage ist aber gespannt. In den Regierungsbezirken Stralsund und Greifswald wird die Ruhe als ernstlich gefährdet betrachtet. Der Landarbeiterstreik in Hinterpommern wurde abgebrochen, die ländlichen Unruhen dehnen sich aber aus, in Mecklenburg ebenso. In Schleswig wurde das Militär entlassen und die Offiziere gefangen gesetzt. Der Streik dauert fort. In Kiel sind die Truppen abgezogen. Die Behörden haben ihre Funktionen wieder aufgenommen. Die Eisenbahn verkehrt in beschränktem Maße. In Hamburg ist eine Verschärfung eingetreten dadurch, daß eine Referte der Sicherheitswehr mit Waffen versehen worden ist. Die U. S. V. fordert zum Protest hiergegen zur Wiederaufnahme des Streiks auf. Der Senat von Bremen hat beschlossen, von einer allgemeinen Bewaffnung der Arbeiterschaft abzusehen und lediglich eine größere Zahl von Sozialdemokraten in die Stadtwache aufzunehmen. In Wilhelmshafen wollte die Arbeiterschaft die Kapp freundlich gestimmten Offiziere verjagen. Die meisten sind entflohen, darunter der Leutnant

zur See Schuhmacher der Schwiegerohn des Generals Lubendorf. Aus der Provinz Brandenburg liegen keine besonderen Meldungen vor. In Frankfurt a. O. hat die Arbeiterschaft die Nacht. Der Landrat des Kreises Treptow hat sich im Zusammenhang mit den jetzigen politischen Zuständen ausgesprochen. Aus Schlesien wird nichts besonderes gemeldet. Bedrohlich ist die Lage in einem Teil der Provinz Sachsen und in Westfalen. Aus Erfurt wurde das Militär zurückgezogen. In Halle ist die Lage noch nicht geklärt. Bitterfeld meldet die teilweise Wiederaufnahme der Arbeit. In Merseburg ist die Lage ernst. In Eisenach sind die Truppen Herren der Lage. Die Parole zur Wiederaufnahme der Arbeit ist in Magdeburg nicht befolgt worden. In Braunschweig sind die Anhänger der Mehrheitssozialisten zur Arbeit zurückgekehrt, die der U. S. P. und der A. P. D. streiken fort. Die Zeitungen erscheinen, Post und Eisenbahn haben den Verkehr wieder aufgenommen. Die Zustände in Leipzig werden als kritisch bezeichnet. Kurz ist die 19. Reichswehrbrigade, die dort eingetrückt ist, Herr der Stadt. Die Arbeiterschaft wurde aufgefordert, die Waffen abzugeben, leisteten aber dem nicht Folge. Im Inneren der Stadt befinden sich noch viel Bewaffnete. Der militärische Befehlshaber verbietet die Weitergabe von Meldungen über die dortigen Zustände. Im sächsischen Steinkohlengruben von Zwickau ist die Arbeit wieder voll aufgenommen worden. Die Bergleute haben sich Waffen verschafft. In Kallersheim im Vogtland hat der Kommunismus ohne Widerstand die Gewalt an sich gerissen und die Räterepublik ausgerufen. In München, wo der Generallandrat verendet ist, befürchtet man einen Rückschlag, da die Arbeiter die Bezahlung der Streiktagelöhne fordern. Der Tarifstreik der Buchbinder ist beendet, die Zeitungen erscheinen wieder.

Atempause.

Berlin, 22. März.

Seit dem gestrigen Tage hat sich eine gewisse Beruhigung über die Massen verbreitet. Es ist die Atempause, die nach schweren Schlächten eintritt, pflegt und Freunde und Feinde besetzt, sie zwingt, die Waffen niederzulegen. Denn niemals seit den Novembertagen 1918 sind die Gemüter aller Volksteile in so gewaltiger Weise aufgeregelt worden. Erst in der verflochtenen Woche ist jedem einzelnen der Begriff Revolution ganz klar geworden. Außer der revolutionären Arbeiterbewegung hat vor allem das Bürgerthum die Ereignisse anfangs recht kühl, mehr als befehligen den Nervenfaser betrachtet, und erst jetzt durch den folgenschweren Operettensstreik von Lüthitz und die durch den Generallandrat hervorgerufene Lähmung des gesamten öffentlichen Lebens wurden selbst jene Kreise aufgeschreckt, die von der sozialen Umwälzung unserer Tage nur den Eindruck gewonnen hatten, daß es sich in den Spielplätzen der besseren Leben läßt als in den Zeiten strenger Polizeidisciplin.

Heute schweigt der Sturm. Ob er in kleine Winde zerfällt oder mit neuer elementarer Gewalt ausbrechen wird, können erst die nächsten Tage zeigen, wenn die mehrheitssozialistische und ein Teil der unabhängigen Arbeiterschaft versuchen wird, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es besteht vor allem die große Gefahr, daß die arbeitenden Betriebe von den Anhängern des radikalen Flügel sabotiert und die arbeitswilligen Arbeiter an der Wiederaufnahme der Arbeit behindert werden. Wenn sich jetzt auch die Generalleitung des Streiks aufgelöst hat, so ist doch die Wiederaufnahme der Arbeit an gewisse Bedingungen geknüpft, die zunächst von den Arbeitgebern erfüllt werden müssen. Zu diesen Bedingungen gehört vor allem die Bezahlung der Streiktagelöhne und die Entlassung aller jener Personen in den einzelnen Betrieben, die direkt oder indirekt durch Wort oder Tat den Putz der Militärischen begünstigt haben. Es ist klar, daß diese Bedingungen zu schweren inneren Zerwürfissen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen müssen, doch besteht darüber kein Zweifel, daß die Arbeitgeber sich werden fügen müssen, um das Wirtschaftsleben nicht ganz dem Verfall anheimzugeben.

Die Opfer.

Aus Berliner Arbeiterkreisen wird mitgeteilt, daß nach den bisher vorliegenden Meldungen die Unruhen der vergangenen Woche unbeschäftigt 8000 Tote im ganzen Reich gefordert haben, davon entfielen auf Berlin allein rund 350 Tote.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

1) (Nachdruck verboten.)
„Was willst? Das gnädige Fräulein sprechen? Du meinst wohl die gnädige Baroneß?“
Ein älterer Diener in abgeschabtem Vivereod sprach so in gebieterischer Haltung auf ein sauber angezogenes, etwa zwanzigjähriges Mädchen mit hellen Haaren und Kopftuch ein.
„Ja“, antwortete diese zaghaft. Aus ihren Blicken konnte man unschwer eine gewisse Unruhe und Seelenangst herauslesen.
„Bist du die Aelteste von Gärtner Böplau, drüben in den Anställen?“
„Ja.“
„Will mal sehen, Marie, ob sie dich vorlassen wird“, entgegnete der Diener herablassend. „Was willst du von der Gnädigen?“
Durch die letzten Worte schien das Mädchen in Verlegenheit zu geraten. Das Blut schloß ihr in die gebräunten Wangen. „Aber Herr Johann, nicht wahr, Sie sagen es keinem weiter?“
Herr Johann legte sein Gesicht in ehrenhafte Falten. „Sprecht, was man gaud ut, mien Döchtling; segg alles, was du fess, Wäken. Wenn't sich von 'ne andre Siet rut kümmt — von mi kümmt's nicht rute.“
Das Mädchen begann: „Sie wetten am End of all, dat 't mit mit August Mathey, wat de Kutscher is, heimlich verprochen hew?“
„Aee, Maria, dat weit id nich.“
„Ja. Un nu will hei mi frissen, wenn wo wat vör uns freet wär.“
„Wenn wo wat freet wär? Ah, wenn wo ne Stauw um ne nüdliche Keel freet wär?“
Des Mädchens Augen blickten hell und dankbar zu dem Diener auf, bei dem sich inzwischen die Stirnfalten anders gruppiert hatten. To daß sie seinem Gesicht einen bejorgten Ausdruck verliehen.
„Jawoll. 't sind jo wed frie, aber die sind jo woll tau schön vör uns beid; se sind tau groot. Und da woll id die gnädige Madame...“

Aufruf der Reichsregierung.

Die Reichsregierung, geg. Bauer, erläßt folgenden Aufruf: Arbeiter und Bürger! A p p ist dabon gejag, General v. Lüttich entwaffnet. Der Oberreichsanwalt leitet das Hochverratsverfahren gegen die Verschwörer ein. Die versaffungsmäßige, von dem Volk bestellte Reichsregierung Bauer ist wieder in vollem Besitz der Gewalt. Alle in Berlin befindlichen Truppen der Reichs- und Sicherheitswehr stehen fest hinter der Regierung. Verhandlungen über den Abbruch des Generalstreiks sind im Gange. Durch ihren siegreichen Kampf für die Demokratie hat sich die Arbeiterschaft einen untüchtigen Anspruch auf Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte erworben. Die Sympathie der ganzen Welt war bei diesem Kampf gegen die Militärdiktatur auf Seite des deutschen Volkes. Am Donnerstag beglückwünschte bereits der französische Geschäftsträger die Reichsregierung zu ihrem Sieg über Kapp und Lüttich. Am Freitag erklärte der englische Geschäftsträger, daß die Gewährung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Kredit nur möglich sei, wenn in Deutschland versaffungsmäßige Zustände herrschen und die Ruhe und Ordnung wieder von rechts noch von links gestiftet werde. Nieder mit der Diktatur! Hoch die Demokratie!

Aus einer Räterepublik.

Die eintägige Räterepublik, die von den U. S. P. und Kommunisten im Kreise Solingen ausgerufen, von den Briten aber bald wieder aufgehoben wurde, gestaltete sich in manchen Orten zu einer wahren Komödie. In Langensfeld artete das Spiel sogar zu einer Posse aus. Dort stellte sich wieder der Kommunismus an die Spitze der Republik. Mitten in der Nacht überfiel der ehemalige Fremdenlegationär, nachmaliger Arbeiter- und Soldatenrat Bach (der aus dieser letzteren Eigenschaft den Behörden noch die Abrechnung über Beträge von 20 000 und 30 000 Mark schuldig ist), mitten in der Nacht mit seinen Getreuen den Bürgermeister in seiner Amtswohnung, erklärte ihm und die ganze Polizei für abgesetzt und nahm dann auf dem Amtssitz des Bürgermeisters Platz, um als Gemeindefunktionär seine Dekrete zu erlassen, umgeben von seiner Schutzgarde. Die erste Verordnung betraf die Auflösung des Gemeinderats; es folgte die Einsetzung eines „Exekutivkomitees“, ferner das Verbot der Zeitungen, die Internierung der Polizei usw. Volle zehn Stunden führte sich Bach als Alleinregierer Langensfelds, der über Freiheit, Leben und Tod der Einwohnerschaft zu bestimmen hat. Der letztere bemächtigte sich auf dieser Willkür große Erregung. Es wurde eine Gegenrevolution in die Wege geleitet, sie brauchte indessen nicht durchgeführt werden, da inzwischen ein englischer Offizier den Diktator Bach entthront hatte, gerade als dieser wieder ein neues Dekret über die Internierung von Bürgern erlassen wollte. Vom Schreibtisch weg stürzte er auf der Stelle zum entthronten Bürgermeister gehen und diesen wieder herbeiholen, um dann „mit kurzem Abschied“ wieder entlassen zu werden. Seinen Revolver, den er, um Eindruck auf seine Umgebung zu machen, neben dem Büttelstisch liegen hatte, nahm der Offizier an sich. Die bereits zur Gegenrevolution versammelte Bürgerschaft zog nun zum Rathaus, um dem Bürgermeister, und seinen Beamten Schutz und Tröste zu verschaffen. — In Solingen zog eine wohl 13 000 Personen zählende Menge, die aus dem ganzen unteren Kreise von den U. S. P.-Führern zusammengezogen worden war, vor das Landratsamt, pflanzte dort rote Fahnen auf und forderte, daß der Landrat vom Palast aus seinen Rücktritt erkläre. Gerade, als „Vollbeauftragte“ mit dem Landrat hierüber verhandelten, erschien ein britischer Offizier und stellte der Menge eine halbbründige Frist zur Räumung des Platzes. Nach kaum zehn Minuten waren die Revolver verschwunden. Mehrere Personen aus Wiesdorf, die sich an einem Angriff auf Polizeibeamte beteiligten, wurden nach Köln gebracht.

Das Chaos.

Die „A. B.“ meldet: Das gesamte Rheinisch-westfälische Industriegebiet mit Ausnahme von Wesel ist ohne größere Kämpfe den Kommunisten in die Hände gefallen. Überall wurden die kommunistischen Arbeiter bewaffnet und die vollziehende Gewalt von einem Aktionsausschuß übernommen, unter dessen Kontrolle die Stadtverwaltung weiterarbeitet. Als Richtlinien werden die Diktatur des

Proletariats, die Sozialisierung der Betriebe und die Auflösung der politischen Gefangenen proklamiert. Letzteres ist fast überall durchgeführt. Die Truppen sind fast durchweg auf das westliche Ruhrgebiet ausgewichen, da sie zu schwach waren, um den schwerbewaffneten Arbeitern, die mit Geschützen, Minenwerfern und Maschinengewehren ausgerüstet, ernstlichen Widerstand leisten zu können. Sie sammeln sich jedoch bei Wesel zum organisierten Widerstand. Auf dem Rückzug kam es verschiedentlich zu heftigen Gefechten mit den Arbeitern in den einzelnen Städten, die sich bereits bewaffnet hatten. Der größte Teil der Truppen konnte sich jedoch durchschlagen. In den Städten selbst herrscht durchweg Ruhe. Überall wird die sofortige Wiedernahme der Arbeit ausgerufen, jedoch damit zu rechnen, daß am Montag das ganze Industriegebiet sich in Unruhe befindet.

Die größte Gefahr, die auch den Kommunisten wohl bekannt ist, ist das Ausbleiben der Lebensmittel. Wenn nicht bald Sendungen eintreffen, bricht die Bewegung am Hunger in sich zusammen. Es wird ein Hungerentfieber, gegen das die bisherigen Vorkommnisse ein Hindernis sind. Der Kommunistenführer Weinberg in Dortmund hat sich schon an die in Betracht kommenden Stellen mit dem dringenden Ersuchen gewandt, für die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln zu sorgen, da sonst für Ruhe und Ordnung nicht mehr garantieren können. Die Rheinisch-Westfälischen Kommissionen, die Kompanien zur Bewachung der Häfen, selbst die Polizeiboots auf dem Rhein sind verschwunden und mit ihnen die Panzer- und Maschinengewehrautos.

Die Lage der Reichsregierung

Ist immer noch nicht sicher. Ihre Stellung wird durch das Vorgehen der radikalen Linken bedroht, die offenbar einen beträchtlichen Teil der Arbeiterschaft auf ihre Seite gezogen hat. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben bekanntlich in Form einer Anzahl Forderungen ein Ultimatum gestellt. Bei Ablehnung der Forderungen sollte der Generallandrat weitergehen. Die Regierung und die Mehrheitsparteien sind mit den Gewerkschaften in Verhandlungen eingetreten, die zu einer Einigung in der Weise geführt haben, daß die Forderungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften angenommen wurden. Die demokratische Partei scheint ohne lange Widerstand auf die Einigung eingegangen zu sein; wie das Zentrum verhalten hat, ist noch nicht bekannt. Daß die Annahme der Forderungen, die im wesentlichen Forderungen der Berliner Arbeiterschaft sind, ist für das Reich eine Nebenerregung geschaffen. Die versaffungsmäßige Regierung ist in ihrer Entscheidungsfreiheit beschränkt, sie ist nun an ganz bestimmte Richtlinien gebunden und muß es sich gefallen lassen, daß die Berliner Arbeiterschaft ihre Beschlüsse kontrolliert. Wie stellt sich das Reich dazu, besonders der Süden und der Westen? Muß sich das Reich wieder von Berlin an Dinge aufzwingen lassen, die ihm schädlich sind? Muß das Reich die Kosten für den Berliner Radikalismus bezahlen? Ganz unmöglich! Wenn die Entwicklung auf dieser Weise weitergeht, dann werden eines Tages wichtige Teile des Deutschen Reiches Berlin nicht mehr als die Hauptstadt anerkennen. Der Bestand des Reiches ist wieder einmal aufs schwerste gefährdet. Wir haben schon wiederholt gesagt, daß, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, der Berliner Radikalismus zu entgegen, Berlin als Reichshauptstadt aufgegeben werden muß. Wie die Blätter melden, ist trotz der Annahme der Forderungen die Sicherheit der Regierung noch nicht gewährleistet; es sollen bereits neue Punkte aufgestellt worden sein.

an Haltung verlor, bis sie vor der Tür der Baroneß Bogenform angenommen hatte.

Während Marie Böplau interesselos aus dem Fenster der kleinen Dienerschaft auf den großen, mit Blumen geschmückten Schloßplatz blickte und mit der Schürze eine heimliche Träne fortwuschte, stand Johann mit krummem Rücken vor seiner Gebieterin, der Baroneß Agnes von Hagen. Mit fließender, monotoner Stimme meldete er:

„Marie Böplau, die älteste Tochter vom Gärtner Böplau, bittet, die gnädige Baroneß sprechen zu dürfen.“

„Die flachshaarige Dirne mit dem knöchigen Gesicht?“, kam es kurz zurück. „Was will sie?“

„Betragsgehe.“

Agnes von Hagen wurde aufmerksamer. Zugleich versunkerte sich ihr Blick.

„Dat mir vielleicht die Rolle einer Vermittlerin bei ihrem Liebsten zugezogen oder etwas ähnlich Maßgebendes, hm?“

„Nein, gnädige Baroneß. Es handelt sich um die Wohnung; es sind augenblicklich keine kleinen Treppen.“

„Und nun soll ich Rat schaffen, soll trotzdem das begehliche Nest für sie ausfindig machen außer der Zeit. Ist's nicht so?“

„Allerdings. Sie wollte gnädige Baroneß um Hilfe sprache beim Herrn Baron bitten.“

„Lächerlich. Was das Volk sich alles einbilden! Schicken Sie die Bittstellerin mal her, damit ich den Kopf zurecht sehen kann“, befahl sie.

Äußerst erschien Johann bald darauf wieder vor dem Mädchen, deren Augen gespannt an seinen Lippen hingen. „Gabe ein gutes Wort für dich eingelegt, Maria“, log er, „aber die Gnädige ist dafür zu haben. Komm jetzt mit. Sie will dich sprechen.“

Unter Vorantritt Johannes erreichte Maria Böplau mit klopfendem Herzen die Empfangsstube des Schloßfräuleins, die sie schüchtern und verzagt betrat.

(Fortsetzung folgt)

Noske doch zurückgetreten.

Noske ist nun doch zurückgetreten. Es verlautet, Reichspräsident Ebert ihn unter allen Umständen nicht halten wollte, aber die Unzufriedenheit der Reichshälfte mit dem Verbleiben Noskes auf seinem Posten ist so groß, daß Ebert das Rücktrittsgeheiß genehmigen mußte. Mit Noske scheidet zweifellos einer der geschicktesten Führer der Mehrheitssozialdemokratie aus dem Reich aus. Es wird sich nicht so leicht Ersatz finden lassen.

Allerlei Nachrichten.

Die Hungergefahr.

Die Frage der Lebensmittelversorgung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ist sehr ernst. In Dortmund und nach Verteilung der letzten verfügbaren Vorräte von zwei Pfund auf den Kopf der Bevölkerung sind die Vorräte vollständig erschöpft. Die anderen Städte des Industriebezirks sind nur wenig besser gestellt. Der Reichspräsident hat wegen Unterbindung der Zufuhr von Getreide geordnet, zur Streckung der noch verfügbaren geringen Vorräte die wöchentliche Brotration von 12 auf 10 Pfund herabzusetzen. Aus den infamsten Versorgungsgeländen ist wirksame Hilfe kaum zu erwarten. Man ist also hauptsächlich auf Auslandsimport angewiesen. Der Preis des Auslandsmehls wird sich aber nicht auf 12 Mark für das Kilogramm stellen, jedoch ein Sechstel 12 Mark für das Kilogramm stellen dürfte. Insgesamt sind zum Brot 14 bis 16 Mark kosten dürfte. Insgesamt sind für die Mehlschaffung aus dem Ausland monatlich 400 Millionen erforderlich. In den Verhandlungen mit dem Völkerbund hat sich dieser bereit erklärt, für die Erhaltung seiner Position in Höhe von 120 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Hollands Kredithilfe.

Der holländische Industrieminister teilte dem Landwirtschaftsminister seine Ansicht über die beantragte Kreditgewährung an das Ausland mit, insbesondere über den Kredit für Deutschland und das Kohlenabkommen mit diesem. Der Industrieminister ist der Auffassung, daß die Gewährung eines Kredits von 60 Millionen Gulden zum Ankauf von Lebensmitteln gegen deutsche Kohlenlieferungen annehmbar werden könnte; die große Mehrheit des Rates habe aber schwere Bedenken gegen eine automatische Gewährung des 140 Millionen-Kredits, wie sie in Aussicht genommen sei — es sei denn, daß eine solche Transaktion mit einer internationalen Kreditgewährung der Vereinigten Staaten zusammengehe.

Konstantinopel.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: In der jüngsten Proklamation der alliierten Oberkommissare wird noch einmal betont, daß die Befreiung Konstantinopels durch die Alliierten zunächst der Türkei aufzuerlegenden Friedensvertrag habe. Die Proklamation gibt aber auch deutlich zu verstehen, daß, wenn die Weisungen und Anordnungen in Kleinasien andauern, die Friedensbedingungen härter gestaltet würden und daß Konstantinopel in diesem Falle von der Türkei losgelöst werden soll.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 22. März. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete hat die Rheinlandschaftskommission folgende Gesetze zur Anwendung zugelassen: a) Preussisches Gesetz: Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinshöhen vom 9. Dezember 1919; b) Reichsverordnungen vom 16. April 1919 und 27. Oktober 1919 betreffend Erwerbslosenfürsorge.

Koblenz, 22. März. Nach einem Schreiben der interalliierten Rheinlandschaftskommission an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete sind die während des Besatzungsstandes von den Besatzungsbehörden hinsichtlich der Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Druckwerke erlassenen Verbote und Einfuhrbeschränkungen als hinfällig zu betrachten. Es gelten fortan nur solche Zeitungsverbote usw., die gemäß Art. 13 der Verordnung Nr. 3 der hohen Kommission erlassen worden.

Koblenz, 22. März. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete ist die Zulassung folgender Gesetze für das besetzte Gebiet durch die interalliierte Rheinlandschaftskommission erfolgt: a) Reichsverordnung über Anschläge zu den Eichgebühren vom 19. 1. 1920; b) Reichsbedeckungsgesetz vom 11. August 1919, sowie preussisches Ausführungsgesetz hierzu vom 15. 12. 1919, Preussisches Gesetz über Sicherung der Uebersiedlung der Privatvermögen an den Staat vom 17. 12. 19. 1919. Mit 54 gegen 22 Stimmen erklärte sich der Senat gegen alle Versuche, die den Zweck verfolgen, die besetzten Völker in Europa zu unterstützen. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Vereinigten Staaten genügend Probleme im eigenen Lande zu lösen hätten.

Koblenz, 22. März. Nach einer Neumeldung aus Washington hat das Repräsentantenhaus das Seereschiffengesetz angenommen. Es sieht 17 800 Offiziere und 299 000 Mann vor.

London, 22. März. Laut einer Neumeldung hat der amerikanische Senator Knox im amerikanischen Senat eine Entschließung eingebracht auf Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland und Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu demselben.

Aus der vorgenommenen Vorstandsversammlung gingen einstimmig hervor: 1. Vorsitz, Reinhard Schäfer, Lindenstraße, 2. Vorsitz, Georg Schröder, Mainzerstraße, 1. Schriftführer August Bender, Ludwigstraße, 2. Schriftführer Heinrich Leber, Adlerstraße.

* Die nächste Mutterberatungsstunde findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., im ev. Schwesternhaus statt.

** Widerruf. Die Preussische und Hessische Eisenbahndirektion erließ in letzter Nummer unserer Zeitung eine Bekanntmachung, wonach vom 1. April ds. Js. ab nur diejenigen Güter als Eilgut zur Beförderung angenommen werden, die in der betr. Bekanntmachung namentlich verzeichnet sind. Wie die Eisenbahnverwaltung uns nachträglich mitteilt, ist mit Rücksicht auf die augenblickliche schwierige Verkehrslage der Zeitpunkt zur Einführung dieser Maßnahme vorläufig verschoben worden. Der Termin, wann diese in Kraft tritt, wird f. Z. bekannt gegeben werden.

** Turngau Süd-Nassau. Am Sonntag tagte in Rüdeshelm der Turntag unseres Turngaues Süd-Nassau, nachdem ihm am Samstag eine Gauvorturnerstunde vorausgegangen war. Letztere bot einen reichhaltigen Lehr- und Übungsstoff in exakt ausgeführten Freiübungen und einem Geräteturnen mit einmaligem Riegenwechsel. Unsere Turner sind mit ihrer Fertigkeit wieder auf der altgewohnten Höhe, und was Schwierigkeit der gebotenen Uebungen und Schönheit in in deren Ausführung anbelangt, stehen unsere Turner mit in vorderster Reihe in der großen deutschen Turnerschaft. In dem am Sonntag vormittag abgehaltenen außerordentlichen Gauturntag wurden einschneidende Beschlüsse gefaßt; die Satzungen wurden, der Neuzeit entsprechend, einer grundlegenden Änderung unterzogen, die in dem erweiterten Turnbetrieb ausgenommenen Abteilungen des Jugend- und Frauenturnens, der Sport- und Bewegungsspiele, wodurch nunmehr unserer Jugend der weiteste Spielraum geboten ist, erfordern bedeutende Arbeit; der Gauausflug wurde vergrößert und dessen einzelne Arbeitsgebiete geregelt. Als besonders wesentlich ist zu erwähnen, daß der Turngau Wiesbaden mit seinen drei großen Vereinen sich unserem Gau Süd-Nassau wieder angeschlossen hat. Der Gau Süd-Nassau zählt 3. Jt. 52 Vereine mit 6000 Mitglieder.

* Der Schiffsverkehr auf dem Rhein entwickelt sich andauernd in aufsteigender Linie. Der Kohlen- und Südgütertransport hat einen Umfang angenommen, der dem Strom das Bild einer Verkehrsader von eminentester Bedeutung gibt. Tagtäglich verkehren zahlreiche Schleppzüge mit Kohlen Schiffen im Anhang, alle mit voller Ladung, auf ihrer Bergfahrt den Strom, und die sonst dem Personenverkehr dienenden Dampfer sind fast ausnahmslos dem Gütertransport, der einen riesigen Umfang angenommen hat dienstbar gemacht. Auch der Floßverkehr setzt bereits lebhaft ein. Der Wasserstand, der sich noch immer auf einer Höhe von rund einem Meter nach dem Mainzer Pegel hält, reicht noch für die volle Ladung der großen Schleppschiffe aus. Erfreulich ist der seit Wochen anhaltende gute Wasserstand, der auffallend geringe Schwankungen aufweist.

** Neuer Roman. „Schloß Damerow“ ist der Titel des neuen Romans, mit dessen Abdruck wir in heutiger Nummer beginnen.

— Schont die Weidenkäschen. Der Frühling ist im Anzuge, leider muß der Naturfreund aber auch sehen, wie eine finstere und gewinnstüchtige Sammelwut einsetzt, die der erwachenden Frühlingsnatur häßliche Wunden schlägt. Gegenwärtig sind es die Blütenkäschen der Salweiden, die in Massen gesammelt werden. Damit fügt man der Bienenzucht schweren Schaden zu. Die sogenannten Palmläschen stellen den wichtigsten Pollenspender des zeitigen Frühjahrs für die Bienen dar. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Bienenzucht bedingt aber, besonders in der gegenwärtigen nahrungsarmen Zeit, daß man ihr fördernd zur Seite steht. Manche Städte haben daher auch den Verkauf von Weidenkäschen auf ihren Märkten verboten; anders ist diesem Naturfrevel nicht beizukommen.

AMBI-Massivbau

D. R. P.

D. R. G. M.

165

AMBI, Abt. I/ Berlin-Johannisthal.

Leipzig, Baumesse, Raum 14/14a.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Einladung

zu einer

Sitzung der Gemeinde-Vertretung.

Zu der von mir auf

Donnerstag, den 25. März ds. Js., nachmittags 6 Uhr, hier im Rathause anberaumten Sitzung der Gemeindevertretung lade ich die Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeinderats ein, und zwar die Mitglieder der Gemeindevertretung mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

1. Antrag des Lokal-Gewerbevereins auf Gewährung eines Zuschusses für 1920.
2. Abänderung des Ortsstatuts für die gewerbliche Fortbildungsschule.

3. Festsetzung der erhöhten Teuerungszulagen an die Beamten.
4. Gewährung einer Aufwandsentschädigung an Gemeindevorstand und Vertretung.
5. Erhöhung der Gebühren für die Kommunalärzte.
6. Antrag der Ziegenbesitzer auf Gewährung eines Zuschusses.
7. Genehmigung der Dungversteigerung.
8. Einspruch der Ortsbauernschaft gegen die Art der Holzversteigerung und Antrag auf Ueberweisung von Brennholz.
9. Abänderung des Gemeindebeschlusses betr. die Erhebung von Abgaben für Begräbniskosten.
10. Beschlußfassung über Verkauf eines Feldweges an die Stadt Wiesbaden.
11. Einführung der Familienbeihilfe.
12. Genehmigung der Brennholzversteigerung.

Betr. Herren-Hemden.

Der Gemeinde stehen zur Ausgabe an die minderbemittelte Bevölkerung eine geringe Anzahl Herren-Hemden

zur Verfügung. Mit Rücksicht auf die sehr geringe Zahl wollen sich nur die Bedürftigsten bis Donnerstag, den 25. ds. Mts., vormittags schriftlich melden.

Betr. Ausgabe v. Gerstenmehl u. Zwieback.

Die Ausgabe von Gerstenmehl und Zwieback für Kinder und Kranke findet Donnerstag, den 25. ds. Mts., gegen Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathause statt. Ein Paket Gerstenmehl und zwei Pakete Zwieback kosten 2 Mk. Die festgesetzte Zeit ist genau einzuhalten.

Betr. Ausgabe von Speiseföl.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen 200 Gramm Speiseföl, das Kg. zu 21,50 Mk. zur Ausgabe

Betr. Steuererklärungen.

Die Formulare zur Steuererklärungen für die Veranlagung zur Kriepsabgabe vom Vermögenszuwachs können auf Zimmer 6 des Rathauses in Empfang genommen werden.

Zugleich wird auf die am Rathause ausgehängte öffentliche Bekanntmachung aufmerksam gemacht. Die Erklärungen sind bis 10. April 1920 beim Finanzamt in Wiesbaden abzugeben.

Betr. Kohlenkarte.

Der Abschnitt 7 der Kohlenkarte verliert mit dem 27. ds. Mts. seine Gültigkeit.

Betr. Abladen von Schutt.

Das Abladen von Schutt und dergl. auf Wegen und Plätzen ist verboten. Zuwiderhandelnde werden streng bestraft werden.

Betr. Jagdpachtgelder.

Das Jagdpachtgeld für 1919, sowie die Quartiergelder für die Zeit vom 17. Dezember 1918 bis 31. März 1919 und von Ende Oktober 1919 bis Ende Januar 1920 werden in der Zeit vom 24. bis 27. März 1920 vormittags bei der Gemeindekasse ausgezahlt und zwar für die Bezieher mit den Anfangsbuchstaben A—G am 24. März, G—L am 25. März, M—S am 26. März, S—Z am 27. März. Die Tage sind genau einzuhalten. Wegen Mangel an Kleingeld wird gebeten, sich mit Wechselgeld (Pfennigen) zu versehen.

Betr. Mutterberatungsstunde.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet am Donnerstag, den 25. d. Mts., 4 Uhr nachm. im evang. Schwesternhause hier statt.

Schierstein, den 22. März 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 59 Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biebrich das Gewicht und der Preis für Brot wie folgt festgesetzt:

a. Bei Verwendung von 1350 Gramm Mehl für einen Laib Roggenbrot, gleichviel in welcher Form gebacken, im Gewichte von 1900 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 2,50 Mark.

b. Bei Verwendung von 675 Gramm Mehl für einen Laib Weizenbrot (Krankebrot) im Gewichte von 880 Gramm auf 1,40 M.

Zu a sind für einen Sack Mehl 73 ganze Brotmarken, zu b für einen Sack Mehl 146 Stück Krankebrotmarken zurückzugeben.

Gleichzeitig genehmige ich hiermit, daß die Bäcker im Landkreis Wiesbaden für das Teigbacken und Backen eines Brotes je nach den örtlichen Verhältnissen von Selbstverforgern bis zu 80 Pfennig per Laib erheben können.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 23. März 1920.

** Elternbeirat. Am Samstag tagte die erste Sitzung des Elternbeirats im Sitzungssaale des Rathauses.

Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe

laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Schierstein Eck.



Die Mehlpreise bleiben dieselben wie bisher. Für ein Pfund Mehl, Art und Ausmahlung wie dieses von dem Kreisaußschuß jeweilig an die Bäcker geliefert wird, darf im Kleinverkauf nicht mehr als 80 Pfennig per Pfund erhoben werden.

Zu widerhandlungen werden nach § 80 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 bestraft.

Diese Festsetzung tritt am Donnerstag, den 18. März 1920 in Kraft.

Mit dem gleichen Tage wird die Festsetzung vom 19. Februar 1920 II Kornst 909 aufgehoben.

Die Erhöhung des Brotpreises mußte vorgenommen werden, weil den Bäckern ein erhöhter Backlohn bewilligt worden ist.

Wiesbaden, den 17. März 1920.

Namens des Kreisaußschusses.
Der Vorsitzende.
J. B. Schlitt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die zahlreichen Kranz- und Blumenspenden bei dem herben Verluste unseres lieben, guten, unvergesslichen Vaters,

Herrn Christian Kern

sagen wir unseren tiefgefühltesten Dank, sowie dem Herrn Pfarrer Cunz für seine tröstenden Worte am Grabe und der Schuhmacher-Zwangsinning für ihre erwiesene Ehre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Schierstein, 20. März 1920.

Verloren
am Samstag vorm. eine
goldene Brosche
mit Kinderbild. Abzugeben
gegen Belohnung.

Frau Leudel,
Biebricherstr. 24.

Eine eiserne

Pumpe

mit Zubehör für Garten zu
verkaufen. Zu erfragen in
der Geschäftsstelle.

Privatmann

sucht eine

goldene Herrenuhr
aus Privatband zu kaufen.
Offerten unter A. M. 1 an
die Geschäftsstelle.

Alleinmädchen

selbständig im Kochen, in
kleinen Privat-Gaushalt sofort
gesucht. Lohn 80 Mk.

Biebrich a. Rh.,
Rheingaustraße 17, pt.
Vorstellen nur vormittags
oder schriftlich.

1 weißer Mädchenhut,
1 schwarzer Frauenhut,
2 Paar Ohrringe

zu verkaufen.

Zu erfr. in der Geschäftsstelle.

Ein gut erhaltenes

Fahrrad

mit Freilauf und Bereifung
zu kaufen gesucht.

Näh. P. Schäfer,
Adolfstraße 9.

Zuverlässiges **Mädchen**

circa 14 Jahre alt, für
nachmittags von 2-5 Uhr
zu 10 Monate altem Kinde
ges. Näh. i. d. Geschäftsstelle.

Tüchtiges

Mädchen

per sofort od. 1. April ges.
Biebricherstr. 18.

Die Kreszenz eines Kle-
nners, circa 1 Morgen
zwischen Biebrich und Schier-
stein zu kaufen gesucht.

Jean Schleif,

Holzhandlung

Biebrich a. Rh.

Armenruhstraße 9.

Verschönerungsverein

Schierstein.

Am Samstag, den 27. März 1920, abends 8½ Uhr

Generalversammlung

im „Deutscher Kaiser“.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Rechnungsprüfer.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Aufgaben im neuen Vereinsjahr.
5. Verschiedenes.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet ergebenst ein.

Der Vorstand.

Achtung!

Achtung!

Bevor Sie ihr Altmaterial abliefern,
überzeugen Sie sich bitte über meine Preise,
bevor Sie urteilen, denn ich zahle wie be-

kannt die allerhöchsten Tagespreise für:

Lumpen pro Kilo Mt. 1.50

Wollgestrickt " " " 25.00

Druckstempel " " " 0.80

Eisen " " " 0.90

sowie sämtliche Metalle zu den allerhöchsten
Tagespreisen, alles wird reell gewogen.

Der Ankauf findet wie bekannt

11 Rüferstraße 11

von Mittwoch, den 24. März bis auf
weiteres statt.

Perfer

und Teppiche jegl. Art
Kerlins, Silber, Bronze
und Kunstgegenstände.
Möbel, Altertümer, Gold
und Silber-Münzen kauft
zu höchsten Preisen.

E. Klapper,

Wiesbaden, Friedrichstraße 55, Telefon 1627.

Achtung!

Kaufe goldene Uhren, Brillanten,
Ringe, Ketten, Bestecke, Leuchter,
Servise, auch Bruchgold, zu
Fabrizweden u. d. höchst. Preisen

Krasnoborski, Uhrmacher, Wiesbaden,
Bleichstraße 28

Zur Konfirmation und Kommunion!

Silberne Herren- u. Damenuhren, Ringe, Kollern,
Perketten, Armbänder in gr. Auswahl z. verkaufen.
Gleichzeitig empfehle mein reichhaltiges Lager in
Trauringen, in 14 und 8 Strät. Gold.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster

Krasnoborski, Goldwaren, Wiesbaden,
Bleichstr. 28.

Erdal

Schuhputz



Bedenke.

dah man klug vermeidet,
worunter Schuh und
Leder leidet.

Hingegen wählt man
mit viel Nutzen
Erdal, um seine Schuh
zu putzen!

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Schulranzen

beste Sattlerarbeit empfiehlt **Herrn. Rump.**
Wiesbaden, Moritzstr.

Zur Lieferung von Sekt-, Mosel-, Rheinn
Cognak-, Burgunder- und Bordo-Flasche

empfiehlt sich

M. M. W. Blumer

Mainz, Erthalstraße 8.

Kaufe Altmaterial

Lumpen, gestrickt, Wollumpen, Papier zum Einstecken
und Zeitungen, Metall geg. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenenstr.
Telefon 1832.

Schmuck

In jeder Form und Menge
auch **Zähne** **kaufen**

Brillanten

für hohe

Preis

Bok

Wiesbaden
Kirchgasse 70.

Uhren

Ausnahmetage

bis 10. April.

Der grossen Nachfrage wegen geben wir Jedem, der sich bei uns 6 oder mehr Bilder bestellt,

GANZ UMSONST

eine Vergrößerung seines eigenen Bildes (einschl. Karton 30x36 cm).

Samson & Co. G. m. b. H.

Photogr. Atelier u. Vergrößerungsanstalt mit billigen Preisen.
Telefon 1986. Wiesbaden, Gr. Burgst. 10. Fahrstuhl.

Paßbilder

auf Wunsch sofort lieferbar

Sonntags von 9-2 Uhr geöffnet.

Unser Geschäftsprinzip
Für wenig Geld ein gutes haltbares
Bild - Rascheste Lieferung - Nur
erstklassige Materialien und Arbeits-
kräfte.

Paßbilder

auf Wunsch sofort lieferbar

Sonntags von 9-2 Uhr geöffnet.

Trotz Teuerung billige Preise.

Vergrößerung nach jedem Bilde.